

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Bezugspreis: 75 Halbpennig monatlich in Vorbereitung. — Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Verleger und der Verlag Halle (Saale), Gr. Braunschweiger Str. 30, entgegen. — Streifen, höhere Ortschaft und Kreisverwaltungen erlauben den Verlag von der Zahlung für Abrechnung und Entschädigung.

Anzeigenpreis: Für die schweizerische Millimeter-Zeile 10 Halbpennig. — Anzeigen im Rahmenfeld 1 Mark. — Anzeigenannahme durch den Verlag des Politischen Wegweiser, Halle (Saale), Gr. Braunschweiger Str. 30. — Druckort: Halle (Saale), Gr. Braunschweiger Str. 30, Druckmaschinen Nr. 1277.

Nummer 27

Halle (S.) 2. Juni 1927

3. Jahrgang

Es gelingt nichts mehr.

unerfüllbare Wünsche — Hü und hot — Die Verlängerung des Reichsmietengesetzes — Der unkämpfte Schutz Zoll — Curtius gegen Schiele — Für Abbau des Wirtschafts Imperialismus — Die Verschlebung des Schulgesetzes — Gedämpfte Begeisterung für den schwarz-blauen Block — Das Zentrum für Septembertagung — Die Fürstenabfindung — Thüringen gegen die Reichsregierung — Lauter Doppelvorlagen — Der erfassungstag — Preußen gegen das Reich — Die außenpolitische Debatte — Eine Anfrage an Poincaré — Die beiden „Freimarer“ — Der Fall Daudet — Der Obrigkeitstaat — Die Ab- und Aufrüstung zur See.

Als der Reichstag nach den Pfingstferien wieder zusammentrat, bereite ihm die Reichsregierung eine Ueberlieferung. Während man allgemein angenommen hatte, daß nur eine kurze Tagung beabsichtigt sei, in der nur unerschöpfbare Gesetzvorlagen erledigt werden sollten, trat das Kabinett eine umfangreiche Liste seiner Wünsche vor. Sie standen lediglich auf dem Papier mit Ueberlieferung. Der Text fehlte. Und das war eigentlich gar nicht merkwürdig, denn die jetzige Regierung ist ihrer Zusammenkunft nach wohl die unglücklichste, die auf Grund nach Herrn Cuno gehabt hat. Bekannt ist, was in den Tagen ausreichte, aber jedes Pferd zieht nach einer deren Richtung. Inzwischen haben sich die wirklichen parlamentarischen Verhältnisse bereits geklärt, und das ist die Dilemmafrage wohl bereits, daß in diesem Sommer gar nichts geschehen wird. Das Reichsmietengesetz, das Mietzuschußgesetz laufen am 30. Juni ab. Vorläufig ist die Regierung eine Verlängerung bis zum Juli vor, um dem hohen Hause Zeit zu geben, sich in die Widersprüche des Reichsrats zurecht zu finden. Herr Bergt hätte an den geltenden Bestimmungen einiges Anknüpfen der Mieter geändert, namentlich in Bezug das Kündigungsrecht. Die so veränderte Vorlage ist dann für einige Zeit Ruhe schaffen. Preußen aber hat sich wieder in den Reichsrat und drücken die Mehrheit auf ihre Seite. So kam es zu einer Doppelvorlage mit dem Vermerk. Zur gefälligen Auswahl. Der Reichstag aber wollte nicht wählen, sondern vertagte seine Sitzung. Die bisherigen Gesetze blieben bis zum Ende des Jahres in Kraft.

Dieses war der erste Streich. Dabei ist er insofern eine Ausnahmemaßnahme, als tatsächlich etwas Greifbares vorlag. Anders steht es mit der Zolltarifnovelle. Agrarier hatten weitgehende Wünsche die Herrschaft pflichtgemäß vortrat. Erhöhung des Kartellpreises des Zuckers, während der Wechsell durch den Lauf des deutsch-französischen Handelsprotokolls ist monatlich von 10.50 auf 12.50 M. erhob. Aber die Regierung bezieht glücklicherweise nicht nur aus Deutschland, und so erheben sofort das Zentrum und die Deutsche Partei Widerspruch. Sie stehen auf dem Boden der Genfer Weltwirtschaftskonferenz gefassten Beschlüsse und sind für Abbau der Zollmauern. Während Schiele in Bielefeld seine Rede für Wirtschafts Imperialismus hielt, bekannte sich Stresemann in Genf zum Anteil, und seine Parteifreund Dr. Curtius benutzte die Wirkung der Auslands-Handelskammer in Hamburg, um die den Anschauungen mit allem Nachdruck zu betonen. Allein würde noch nicht ein Bild der jetzigen Verhältnisse widerpiegeln. Im Reichsrat werden Preußen, Sachsen, Hamburg und wohl auch noch eine ganze Reihe anderer Länder die Vorlage der Regierung verpöhlen. Am kommt es auch wieder zur gefälligen Auswahl. Am wäre es schon, man verlängerte einfach die am Juli ablaufende Novelle. Und das dürfte vermutlich im wesentlichen geschehen. Den Deutschnationalen soll, wie wir hören, das Regieren gar keinen Spaß machen. Mit dem Republikuschgesetz allein kann er vor seinen Anhängern nicht parodieren.

Auch das Zentrum hat keine Begeisterung für den schwarz-blauen Block erheblich gedämpft. Eigentlich hat ihn nur geschaffen, um in Kulturfragen die Weltanschauung zu revidieren. Das war der Sinn, als sich in Köln traf und die Koalition der Mitte in der schlug. Man kann auch nicht behaupten, daß es an der im Mittelpunkt des Herrn von Reudell befähigt hätte. Anger des Zentrums pflegen in solchen Dingen eher Gutes zu tun als zu wenig zu tun. Fünf Entwürfe ausgearbeitet worden, von denen keiner sämtlichen Regierungsparteien gefäll. Wir aber dürfen demnach dem früheren Abgeordneten Sabor sagen: „Ich kenne die Absichten der Regierung nicht, ich misbillige sie aber.“ Auch nur an ersterinständliche die Zustimmung eines Zentrumsmanes in dieser Hinsicht finden kann, ist für einen raten unerträglich. Doch soweit sind wir noch gar nicht. Wir brauchen uns nicht den Kopf des Herrn Dr. Stresemann oder des Herrn Dr. Curtius zu zerbrechen. In der nächsten Woche, wenn der Träger des Nobel-

preises aus Oslo zurückgekehrt sein wird, wird sich das Kabinett damit zu befassen haben. Vielleicht. Wahrscheinlich nicht. Selbst im Zentrum rechnet man schon damit, daß vor dem Sommerferien dieser Janfussel nicht mehr unter die Parteien soll. Deshalb schlägt man auch eine Septembertagung vor, für die aber im hohen Hause nicht die geringste Geneigtheit besteht. Seinen Urlaub zu unterbrechen, wenn etwas wichtiges vorliegt, ist peinlich. Aber mit der sicheren Aussicht nach Berlin zurückzuführen, mit den Bundesparlamenten in die Haare zu geraten, kann wirklich nicht verlocken. So dürfte es beim November bleiben. Allerdings auch nicht gerade mit Aussicht auf Erfolg. Im letzten Jahre vor den Wahlen besaß sich niemand gern.

Doch damit ist die Reporellast der Mißerfolge noch nicht erschöpft. Das Sperregesetz für die Fürstenabfindung läuft ab. Gesetze haben die notwendige Eigenschaft, immer im unbestimmten Zeitpunkt ihre Ende zu erreichen. Noch stehen Auseinandersetzungen in Thüringen aus, und gerade die Regierung in Weimar drängt auf Verlangung, übrigens mit befehliger Zustimmung der Deutschnationalen, deren monarchische Gefühle sich mit der Abneigung gegen neue Steuern die Waage halten. Doch Herr von Reudell ist auf einen Ausweg gekommen. Er hat sich von den Fürsten das Versprechen geben lassen, daß sie keinen Protest vor dem 1. Januar anbringen. Leider wissen wir noch nicht, ob es sich um das kleine oder große Ehrenwort handelt, und ob diese Zusagen Reichsverbindlichkeit haben. Aber das alles lokal zugegeben, bleibt noch die Tatsache bestehen, daß Thüringen viel schlechter verhandeln kann, wenn kein Sperregesetz vorhanden ist, und die Fürsten ja nur bis zum 1. Januar zu warten brauchen, um freie Hand zu haben, als wenn sie sich in einem gewissen Zwange befänden. Mit den Ständebesetzern aber will man auf dem Wege der Berodung aufzuklären. Der Unterschied zwischen ihnen und den Entföhrten vom 9. November besteht lediglich in der Zeit. Die Einen wurden schon vor 120 Jahren abgeholt, die Anderen erst 1918. Man kann sie als die Vorfahren betrachten.

Auch die Frage des Verfassungsstages wird ein Mißerfolg. Demokraten und Sozialdemokraten haben die gesetzliche Forderung beantragt. Daß die Rechte damit nicht einverwandten ist, überläßt nicht. Die Entscheidung liegt beim Zentrum, das selbstverständlich dafür ist, aber das hohe Einvernehmen in der Regierung nicht zu fördern wünscht. Deshalb ist man auf den genialen Ausweg verfallen, die Anträge bis zum Herbst zu vertagen, weil dann der 11. August sowieso vorüber ist, übrigens in Verbindung

Dienst am Vaterlande
ist für uns die politische Arbeit. Unsere Ideen marschieren. Wir freuen uns dessen. Stärker nuchiger und erfolgreicher können wir arbeiten, wenn alle demokratisch Gesinnten sich zusammenfinden. Freunde werdet für die Deutsche Demokratische Partei,
es lohnt sich, dafür zu arbeiten!

mit der gesetzlichen Festlegung katholischer Feiertage auch in den protestantischen Staaten. Ansonst ist der Tod. Soweit wäre alles in bester Ordnung, was man unter dem gegenwärtigen System Ordnung nennt. Wenn nur nicht Preußen wäre. Dort aber legt man für Zweidrittel aller Deutschen den Verfassungsstag gesetzlich fest. Mit Zentrums Hilfe. Es ist eben ein Unterliegend, ob man seine Grundzüge im Reichstag oder im Landtag zu vertreten hat.

Die große außenpolitische Debatte im Reichstagete hat eine Einheitsfront geschaffen. Herr Dr. Stresemann hielt eine sehr schöne Rede mit der freundlichen Aufforderung an Poincaré, nun endlich zu sagen, was er lieber sieht, Ruhestärke oder Locarno. Auch wir sind durchaus für diese Anfrage, obwohl wir nicht glauben, daß sie beantwortet wird. Aber sie ist vielleicht dem kranken Briand

ein Laßsal gewesen. Tugend einmal wird der große Lothringer schon Farbe bekennen müssen. Er hat inzwischen die Resolutionen seiner Vorentscheidende Rede gelesen und dabei festgestellt, daß er von den Kritikern aller Länder heruntergerissen wurde. Dafür aber hat er ein sehr feines Ohr. Der Reichstag stellte sich beinahe einmütig hinter seinen Minister. Natürlich, die Kommunisten ausgeschlossen, die überall Gefähr für Moskau wittern, auch wo sie nicht vorhanden ist, und ebenso natürlich die Böllischen ausgeschlossen. Man kann streiten, wer sich dabei rüpelhafter betrug. Graf Reventlow holte sich einen Ordnungsruf, weil er den Locarnovertrag als die Schieberarbeit der beiden Freimarer Briand und Stojemann als Landesverrat beschimpfte. Aber die Presse war gut. Selbst die Deutsche Zeitung schwankte ein. Eine rühmliche Ausnahme machte nur Herr Hulsloh im Berliner Lokal-Anzeiger, der meinte, der Minister wäre noch schimpflich, glimpflich bei seiner Bankrotterklärung daangetommen. Das hat persönliche Ursachen und mit Politik nichts zu tun. Aber es ist immerhin beachtenswert, welchen Mut von Ueberzeugung deutschnationalen Blätter gegen ihre eigene Regierung aufbringen, wenn man sie zuvor nicht genügend gelehrt hat.

Der Fall Daudet wurde herzlich belacht. Nicht ganz mit Recht, obwohl die Situation selbst urkomisch war und Stoff zu einer Komödie hergeben würde. Der Romanistführer wurde aus dem Gefängnis befreit, weil seine Freunde mit einem alten Art gearbeitet haben. Der Gefängnisdirektor wurde im Namen des Ministers angefaßt und erhielt Befehl, den Däffling meist einem Gefängnisgenossen und einem Kommunisten freizulassen. Eine Nachfrage wurde entsprechend beantwortet. Nur wußte der unglückliche Barrat nichts davon. Er lebte still und harmlos wie Tell im vierten Akt. Das Ganze war eine Mystifikation. Leon Daudet, der Sohn des Tartarindichters und selbst ein Süß Tartarier, erweist sich jedenfalls seiner Freiheit. Wo ließ sich trotz aller amtlichen Nachforschungen nicht ermitteln. Eine Interpellation in der Kammer bog das Kabinett mit der Vertrauensfrage ab. Doch das ist nicht das Wesentliche. Wir hatten ja auch unseren Hauptmann von Köpenick, den Schuster Wagt, der sich nur in Uniform zu finden brauchte, und eine Korporalschaft gegen das Rathaus in Bewegung zu setzen und den Bürgermeister zu verhaften. Die Ursachen liegen tiefer und rühren an die Tragik. Zwischen Paris und Berlin, zwischen London und Rom ist dabei kein Unterschied. Der Bürokratismus ist überall der gleiche. Ein Zettel mit amtlichem Siegel öffnet die Türen. Auf den Inhalt kommt es nicht an. Der Name des Ministers erschüttert den Beamten, auch wenn ihn nur ein Spafsgespräch auspricht. Der alte Obrigkeitstaat steht den Völkern eben in den Knochen. Die große Aufgabe der Gegenwart ist die Erziehung der Nationen zu innerer Freiheit. Daran fehlt es noch. Erst wenn wir bei aller Achtung vor der Behörde zu selbständigen Denken ermahnt sein werden, werden die Fälle wie der Daudets und des Hauptmanns von Köpenick keinen tragischen Gehalt mehr haben.

Die Seeadministrationskonferenz in Genf steht vor einer Krise. Herr Coaldige berief sie, um die großen Ausgaben für die Marine herabzusetzen. Frankreich und Italien blieben abweisend, aber würden sich füger müssen, wenn eine Einigung gelänge. Doch die Gefahr ist nicht groß. Der Kampf um die einzelnen Schiffsklassen ist von untergeordneter Bedeutung. Es geht um mehr. Zwischen Japan und England vollzieht sich eine Annäherung auf breiter Grundlage, deren Spitze gegen die Vereinigten Staaten nicht zu verkennen ist. Aus China will man die Amerikaner herausdrängen, um gemeinsam die Beute zu teilen. Deshalb ist man in Tokio plötzlich mit dem Vorschau der Flottenbasis von Singapur einverstanden, gegen die man bisher Einspruch erhob. Das ist die Gegengabe an London. Aber die Flottenbasis von Singapur will man nicht dulden, denn sie ist amerikanisches Werk. In Washington zieht man sich auf die Dollars zurück. Eine gewaltige Flottenkonferenz ist angekündigt. Sie soll in Washington, Trieben in der neuen Welt hat man den längeren Atem und durch das Ergebnis der Seeadministrationskonferenz eine Verstärkung der Seemilitär.

Richard Ma.

Der Einheitsstaat als mitteldeutsche Notwendigkeit.

In der Nachkriegszeit ist es beinahe zur Mode geworden, daß der eine oder andere Landestheil für eine besondere bei ihm existierende Notlage die Hilfe des Reichs oder der Länder beansprucht. Der von allen gebilligten Aufstellung eines Sofortprogramms für den Osten folgten die Anordnungen entsprechend herbeizuführen für den Westen. Den Deutschnationalen blieb es vorbehalten, mit ihrem Wiederfahrungsprogramm für die Provinz Hannover eine solche Hilfe der Agitation zu erreichen, daß der Hauptausfluß überhaupt nicht in eine Einzelberatung des von ihnen eingebrachten Gesetzentwurfes eintrat, sondern ihm mit den Stimmen der Antragsteller selbst und unter dem Geleite der anderen Parteien, dem sich auch die Regierung nicht entziehen konnte, ein feierliches Begründungserklärer Klasse bereitete. In der Provinz Sachsen ist in ihrer gegenwärtigen Umstellung von der Landwirtschaft auf Industrie auch nicht immer leichte Zeiten durchlebt und in der der Zusammenballung der riesigen Arbeitermassen der Großindustrie im Braunschweigertal Nahrung immer neue Aufgaben bringt, ist man nie auf den Gedanken gekommen, die schwierige Lage des heutigen Staates durch Betonen der eigenen Schwächen noch zu erschweren; selbst die jährlich wiederkehrenden Hochwasserständen haben nicht zu unerwünschten Entschädigungsforderungen an den Staat geführt. Umso mehr ist auf dem sächsischen Provinziallandtag zu hören, wenn auch er von unerträglichen Zuständen in seiner Provinz spricht und eine Abhilfe dringend verlangt. Und zwar fordert er eine Sache, die nichts kostet, die aber unerlässlich für die Wirtschaft seines Gebietes ist und die einmütige Zustimmung aller Parteien im Provinziallandtag gefunden hat: die Befreiung der innerstaatlichen Schranken des Mitteldeutschen Wirtschaftsbezirks.

Die Thüringischen Staaten haben sich nach dem Krieg zur Bildung Großpreußens entschlossen. Aber damit ist die Not der beinahe sieben Millionen Menschen in Mitteldeutschland noch nicht behoben; immer noch wohnen sie in einem in unangenehmster Weise gestörten Gebiet. Weder ist Großthüringen ein mit Verwaltung überlastetes Gebiet, weder ist Großpreußen fertig, solange ihm eine Hauptstadt wie Erfurt fehlt, noch ist die Provinz Sachsen von den Schlagschlägen befreit, die ihre Entwicklung zwischen Halle und Magdeburg genau so hemmen wie zwischen Magdeburg und Erfurt oder Erfurt und Halle. Man fährt auf den Straßen der Provinz; plötzlich endet jede Pflasterung, um 200 Mtr. jenseits wieder zu beginnen; man steht oben vor der Einflade eines anderen „Staates“, der keine Luft hat, gerade dieses Säuß zu pflösten, es aber auch nicht der Provinz dafür frei gibt. Man setzt sich in die Erfurt-Gotha Eisenbahn, am erst an der preußischen Grenze im Dorf Nohleben zu erfahren, daß man sich im anderen Staat über die Durchführung der Bahn noch nicht einig ist. Ueber die Automobilüberwindung Mühlhaußen-Eisenach verhandeln die beiden Landesregierungen noch immer, und die Automobilisten sollen solange. Die Reichsbahn macht es nicht besser; die wichtige Verbindungsstraße Merseburg-Leipzig, seit unvater Zeit die meist benutzte Durchgangsstraße der Gegend, endet im Dorf Jöfchen an der Grenze, und über die Fortführung aus aus diesen Gründen erst jetzt projektierten Eisenbahnstrecke verhandeln die Reichsbahn, der Kreisbauernrat Leipzig, die Landesregierungen, der Kreisbauernrat Leipzig, der Landesbauernrat in Merseburg, der Amtshauptmann, der Regierungspräsident, der Landrat, während wir armen Zivilmenschen bereits anfangen, über den Ocean zu fliegen.

Nach schlimmer ist es bei den Flüssen. Der eine Staat reguliert den Oberlauf, beim Unterlauf hält es der andere nicht für nötig; die Folgen sind jährliche Hochwasser. Im Elbtaumittel kommen jährlich rund 36 000 Hektar in die Gefahr einer Ueberflutung, ohne daß man über die Landesgrenzen hinweg eine einheitliche Deichgenossenschaft bilden könnte. Die Saaletafelherre, die Harzer Bodelschleppe, die eine für die Elektrizitätsversorgung, die andere für die Landeskultur der Provinz unerlässlich, kommen nicht zustande, weil die Landesregimen ein einheitliches Handeln unmöglich machen. Eifer und Wutpe dürfen mit Schlammen das ganze Gebiet verstopfen, Säule und Elbe dürfen verfallen; es ist unmöglich, bei den nach Landesgrenzen verchiedenen Wasserrechten die Abwässerfrage zu entscheiden. Ganz selbstverständlich machen sich diese Schwierigkeiten genau so auf dem Gebiet der Elektrizitätsversorgung geltend, jeder Staat hat sein eigenes Elektrizitätsrecht auf. Die schönsten Blüten zeitigt aber immer noch die Verwaltung. Die 200 Seelen des Dorfes Blüthenort brauchen zwei Gemeindevorsteher, zwei Gemeindevorstellungen, zwei Nachzügler; die hundert nach Thüringen gestellten Einwohner gehen 5 Kilometer zu ihrem Landrat nach Schleiß, die Frauen 45 Kilometer nach Kanis. Es gibt Bäder, die ihren Teig in Thüringen kneten und in Preußen backen, und deren Gewerbesteuer diplomatischer Briefwechsel bedarf, da sie zwei Steuerterren und zwei Handbestämmen untersteht. Es gibt sogar Kühe, bei deren Krankheit sich der Besitzer erst überlegen muß, ob dafür der preussische oder der braunschweigische Kreisarzt zuständig ist; denn die Kühe freilen in Preußen und tun das andere im Braunschweiger Ausland, ohne den Stall dabei zu verlassen, und danach geht die Zuständigkeit. Auch der allerärmste Arbeitnehmer bekommt die Kleinststeuer hart zu spüren, wenn ihm in Zeiten sinkender Arbeitsgelegenheit eröffnet wird, daß er als „Ausländer“ den Staat zu nehmen hat, um das Dorf zu verlassen, in das er eingetretet hat. Und ganz selbstverständlich prüft jeder Staat nach, ob die Firma, die ein Angebot macht, mit ihrem Saas nun auf sächsischem oder preussischem Boden steht. Am stärksten treten all diese Nöte in Erscheinung, wenn die schwierige Aufgabe der Unterbringung der jeden Tag neu zuströmenden Arbeitermassen in Weuna und Umgebung geregelt werden soll.

Es ist schon fast die allgemeine Ueberzeugung aller in der mitteldeutschen Wirtschaft Tätigen geworden, daß eine vollständige Abhilfe nur in dem Eintritt der Länder Thüringen, Anhalt und Braunschweig in den preussischen Staatverband gegeben wird. Man war sich aber auch auf dem sächsischen Provinziallandtag klar, daß Deutschland das Land der langsam reisenden politischen Entscheidungen ist, und beschränkte seine Forderungen darauf, daß die Länder durch Staatsverträge sich verpflichten, bei Vergabung öffentlicher Arbeiten und bei Einstellung von Kräften aller Art die Einheitspolitik des Gebietes anzuwenden und niemand das einfachste zu behandelnd als die eigenen Staatsangehörigen und eine ähnliche Verpflichtung ihren Gemeinden aufzulegen, daß durch Staatsverträge Rechtsgleichheit im Wirtschaftsrecht und im Verkehr herbeigeführt wird, und daß die Verwaltung möglichst nach einheitlichen Grundgedanken erfolgt, und „nach Möglichkeit in mit wirtschaftlichen Grundgedanken verträglichen Verwaltungsbezirken“; man hofft also auf einen großräumigen Einfluß der Länder, sich gegenseitig bei der Verwaltung ihrer Enklaven zu betrauen. Man darf immer wieder darauf hinweisen, daß die Anregung zu diesen Beschlüssen des Provinziallandtags aus den Kreisen der Wirtschaft und nur der Wirtschaft gekommen ist, die aber alle Kreise vom Arbeitgeber zum Arbeitnehmer umfaßt, daß es aber auch die einmütige Ueberzeugung aller am politischen Leben des Gebietes Beteiligten war, daß die Zustände von heute ohne Schädigung des gesamten Gebietes nicht mehr tragbar sind.

Dr. Bohner, M. d. L.

Ein Schulbeispiel deutschnationaler Agitation.

Von Oberstudienrat Dr. Bohner, M. d. L.
Im Hauptausfluß des Preussischen Landtags wurde am 22. Juni das sogenannte Wiederfahrungsprogramm, d. h. der deutschnationale Antrag auf ein besonderes Gesetz für Hannover behandelt. Den Antrag begründete der deutschnationale Abg. Jaeger aus Celle. Er wies auf die durch die Kriegswirungen bedingten ähnlichen Programme für den Osten und Westen. Für die Provinz Hannover ergebe sich eine staatspolitische Notwendigkeit, da diese Bevölkerung innerlich für Preußen gewonnen werden müsse. Er verlas dann wohl eine Stunde lang einen Bericht als Erläuterung, in dem jede Einzelheit herangezogen war, die sich überhaupt nur aufreihen ließe. Als sein Sprecher erklärte Herr S. a. n. a. für das Zentrum, daß man sich den ganzen langwierigen Kampf hätte sparen können, daß eine Befreiung sich nicht lohnte und daß der ganze Antrag einfach der Regierung als Material zu überweisen sei. Herr Abg. Leinert für die Sozialdemokratie erklärte, der abgelesene Vortrag sei so schön, daß er als druckreif bezeichnet werden müsse. Vermutlich sei er auch schon gesagt. Wenn er aber in einer Prosaform der wiederholenden Forderung beigelegt werden sollte, so war er dringend, und dieser Broschüre 31 000 Exemplare drucken zu lassen, denn es werde dann mit der Broschüre ebenso wenig wie mit den Beilagen, die die Geschäftsleute für die angehenden 31 000 Abonnenten der Niederdeutschen Zeitung brauchen. Die Zeitung habe nur 15 000 Beizler, so daß immer 16 000 Exemplare eingekauft werden müßten. Die Begründung, daß die Niederdeutschen den wertvollsten Teil der preussischen Bevölkerung darstellten, nehme er dankbar von den Deutschnationalen an, denn Wiederfahrungs wählige zu 37 Prozent sozialdemokratisch. Bewundernswürdig sei der Preis, mit dem in dem Programm für jeden einzelnen deutschnationalen Abgeordneten in Hannover

vergejagt sei. Jeder besomme eine Eisenbahnhaltestelle vor seine Tür. Die Nöte, die für Hannover behauptet wurden, könnten doch von jeder anderen Provinz behauptet werden. Man könne also höchstens von der Preussischen Regierung ein Preußenprogramm verlangen. „Ausdruck“, „niedere Agitation“ wiesen die Deutschnationalen zurück. Er bestätigte ihnen, daß sie mit ihrem Antrag die höchste Agitation für die schwindende Parteienzählung erreicht hätten. Der Antrag sei so wertvoll, daß er und dingt für jeden der 24 Artikel einzeln beraten werden müsse. Er beantrage die Vertagung, um die wichtigsten Arbeiten erledigen zu können. Herr von Mangen bei als weislicher Vertreter damit im Namen des Land Hannover den Deutschnationalen, die nun in Art. ihres Antrages die Unterschrift darunter gegeben hätte daß die konservative preussische Regierung zwischen 18 und 1914 die Provinz Hannover hinter den übrigen preussischen Provinzen vernachlässigt habe und sich nicht die Sympathien der Hannoveraner habe erwerben können. Auch er sei für die gründliche Beratung. Der demokratische Abg. Barteld schlug für diese Beratung die Monate Juli und August, also die Landtagsferien, vor. Die deutschnationalen Antragsteller schwiegen sich beharrlich aus. Das Zentrum ergänzte dann seinen Antrag durch den deutschnationalen Antrag solle vom Landtag in der Form angenommen werden, die Staatsregierung zu suchen, nachzuprüfen, ob überhaupt eine besondere Beratung der Provinz Hannover bestehe. Obwohl die Behauptung des deutschnationalen Antrages als ein Begründung erster Klasse angesehen werden muß, waren die Deutschnationalen dankbar, daß man ihnen überhaupt die Brille baute. Von sozialdemokratischer und demokratischer Seite wurde aber trotzdem die Einzelberatung verlangt. Der demokratische Abg. Bohner führte aus, man könne doch nicht annehmen, daß die Deutschnationalen ein Gesetz für die Hoffände in der Provinz Hannover beantragen würden, ohne vorher genau zu prüfen, ob Hoffände vorhanden seien. Er müsse also auf der Beratung behaupten die selbstverständlich nur in reiner niederdeutscher Sprache stattfinden könne. Er nehme daher den Vorschlag sein Freundes Barteld an, im Juli und August zu tagen, u zwar schlage er als Tagungsort die schöne Stadt Quedlinburg vor. Mit den Stimmen der Deutschnationalen, der Sozialisten, des Zentrums und der Kommunisten wurde dann beschlossen, den Antrag in der oben geschilderten Weise zu erledigen, indem die Regierung gebeten wird festzustellen, ob überhaupt eine besondere Notlage in der Provinz Hannover besteht.

Es ist ein unerhörter Vorgang, daß eine große Fraktion aus offensiblen Agitationsgründen ein Gesetz beantragt, dessen Unterlegen so zweifelhaft sind, daß sie überhaupt erst der Regierung bitten müßten, den wahren Stand der Dinge festzustellen. Noch bedauerlicher ist die Unfähigkeit, mit der die heutigen Deutschnationalen ihre eigene Vergangenheit und die Regierungsmisstände ihrer liberalen Freunde aus der Vorzeitigkeit bloßstellen. Wenn dieser nun gefallene Antrag das eine gute hat, die Agitation der Deutschnationalen in Hannover auch in den, der sie bisher nicht durchschaute, zu entlarven, so ist er wenigstens ein Verdienst. Wie man hört, hatten in neun Männer zusammenkommen müssen, um den umfangreichen Antrag zu formulieren. Er trägt aber ausdrücklich die Unterschrift der gesamten deutschnationalen Fraktion. Richtiger ist über Preußen schon lange nicht geurteilt worden, als in Art. 2 des deutschnationalen Antrages, 2 verlangte, daß die in anderen preussischen Provinzen getroffenen Maßnahmen usw. gleichmäßig auch in Hannover durchgeführt werden.

Steuerfragen des Mittelstandes Die Sätze des Reichsrahmengesetzes.

Von Bäckermeister Carl Hourz, Bochum, Mitglied des Preussischen Landtages.

Von großer Tragweite für die Wirtschaft ist die Gewerbesteuer. Über den kleineren und mittleren Gewerbetreibenden helfen wollte, die steuerliche Ueberlastung der Jahre 1925 bis im Jahre 1927 zu vermindern, hatte Gelegenheit, bei der Neuregelung der Gewerbesteuer für 1927 durchführbare Vorschläge zu machen. Der eigentliche parlamentarische Kampf um die Erleichterung der Gewerbesteuer in Preußen begann mit dem demokratischen Antrag vom 9. November 1926, der folgenden Wortlaut hatte:

„Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, in der Gewerbesteuerverordnung für 1927 vorzugehen, daß

1. Miet- und Pachtzins nicht zu dem Gewerbesteuerertrag hinzugerechnet wird,
2. die Doppelbesteuerung des gewerblichen Grundbesitzes durch Gewerbe- und Grundrentensteuer wegfällt, und
3. mit Rücksicht auf die derzeitige Notlage des gewerblichen Mittelstandes für gewerbesteuerpflichtige Einzelpersonen, die mit nicht mehr als 3600 M. zur Reichseinkommensteuer veranlagt sind, die Gewerbesteuerertragsteuer einen im Gesetz zu bestimmenden niedrigen Hundertsatz der Reichseinkommensteuer nicht überlegen darf.“

Fürzig, wie die Volkspartei nun einmal ist, verlangt sie am andern Tage in einem Antrag folgendes: „Insbesondere ist die Gewerbesteuer auf Antrag mindestens insofern zu erlassen, als sie 80 v. H. der Einkommensteuer übersteigt, welche der oder die Geschäftsinhaber (Gesellschafter) des gewerbesteuerpflichtigen Betriebes nach der jeweils letzten Veranlagung zur Reichseinkommensteuer zu leisten haben.“

Damit wollte die Volkspartei eine „einseitige“ Entlastung des kleinen Gewerbetreibenden verhindern, wenn

nicht gleichzeitig die Grundrente bei der Ertragssteuer in gleicher Weise entlastet würde. Nun ist doch in all Welt bekannt, daß bei der Gewerbesteuer die Grundrente, insofern der hohen Rückstellungen und Abschreibungen in ihren Bilanzen, nur unvollkommen ersetzt wird.

Aber auch den Deutschnationalen behagte die im mittelständische Tendenz des demokratischen Antrages nicht. Mit großer Zähigkeit kämpften sie Schulter an Schulter mit der Deutschen Volkspartei für die Abgabe fähigkeit derjenigen Schuldensinsen, die der Veräußerung des Betriebskapitals (Obligationen usw.) dienen. Die Demokraten hielten diese Forderung an sich für völlig richtig, aber vorläufig nicht für durchführbar, weil die Gesamtaufkommen der Gewerbesteuer nur um 50 bis 60 Millionen gekürzt werden dürfte, falls die Gemeinden in alle beabsichtigten Erleichterungen für den Mittelstand durch höhere Zuschläge illusorisch zu machen gezwungen füllten. Die Entwicklung im Finanzwesen der Gemeinde hat diese mittelständische Tendenz der Steuerpolitik der Demokraten völlig gerechtfertigt.

Hatten die Anträge der Deutschnationalen u der Volkspartei ein gewolltes Ziel, so ist von dem Antrag der Wirtschaftspartei derartiges nicht zu sagen. Die Spitzenstellung steuerpolitischer Majorität war der Antrag der Wirtschaftspartei im Hauptausfluß des Preussischen Landtags am 22. Dezember 1926, der nicht mehr und in weniger verlangte, als daß die Gewerbesteuersteuer unter die die weitaus größte Masse der Mittelstandsbetriebe nicht mehr fällt, stark ermäßigt werde. Hier der Wortlaut:

Antrag Nr. 3 (Müller-Franzen).

Zu Artikel 4 § 12 Abs. 1:

1. Für das Rechnungsjahr 1926 statt $\frac{1}{2}$ v. Tausend $\frac{1}{10}$ v. Tausend,
2. für das Rechnungsjahr 1926 statt $\frac{1}{2}$ v. Tausend $\frac{1}{10}$ v. Tausend.

ch diesen Antrag wäre (im Falle der Annahme) die
 Wirtschaft so stark entlastet worden, daß für die klei-
 neren Betriebe eine Entlastung unmöglich geworden wäre.
 Sann des ganzen Kampfes ging für die Demokraten
 an, wenn die Senkung des Gesamtaufkommens an
 Gewerbesteuer zugute kommen sollte. Sollten die kleinen
 mittleren Betriebe sichtbar entlastet werden, müßte
 die Großwirtschaft in den unteren Stufen eine starke Mil-
 dung erfahren; aber nicht die Hilfssteuern, die geschaffen
 worden sind, die Großwirtschaft mit dem fehlenden Ertrag ent-
 stehend ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zum Steuer-
 herangezogen. So ist es den Parteien der preus-
 sischen Regierungskoalition gelungen, erstens die Hinzun-
 gung der Mieten und Pächte zum Ertrag bis auf 25
 Prozent dieser Beträge herabzusetzen. Zweitens die Dop-
 pelsteuerung jedes Gewerbetätigen zu befeitigen und so
 kleinen Geschäftseigenen von der Gewerbesteuer zu
 befreien. Drittens beim Steuerfuß der
 Gewerbesteuer eine so scharfe Senkung zugunsten des ge-
 sellen Mittelstandes durchzusetzen, daß bei vielen
 Handwerkern und Einzelhändlern eine Reduzierung der
 Steuer, die sich durch die Steuererleichterung ergibt, die
 Steuer bei den Lohngebereitenden die Steuer nur zur
 Hälfte erhöhen wird, falls deren Einkommen 3600 M nicht
 übersteigt. Es wäre schon richtig, wenn jeder Gewerbe-
 betriebe sich den Steuerzettel von 1926 hervorholt und
 vergleicht mit dem Steuerzettel von 1927.
 Zum ist aber diese ganze Arbeit der preussischen Regie-
 rungsarbeiten für den Mittelstand hoch gefährdet. Der
 Entwurf der Reichsregierung für die Reichssteuerregelung der
 Gewerbesteuer liegt vor. Trotz strengster Vertraulich-
 keit hat sich der Entwurf schon heute über die
 Wirtschaft und nicht wenige Willkürmöglichkeiten
 der Großindustrie zu formulieren. Wie stark die Groß-
 industrie bisher den Entwurf schon beeinflusst hat, dafür
 sind Beispiele, die die Gegenüberstellung der geltenden
 preussischen Gewerbesteuererlässe mit denen des Entwurfs
 der Reichsregierung bietet.

Geltendes Recht bei der Ertragssteuer in Preußen:

| | |
|--------|---------------|
| 1500 M | frei |
| 1200 M | 1/2 Prozent |
| 1200 M | 1 Prozent |
| 1200 M | 1 1/2 Prozent |

Ab 5100 M 2 Prozent.

Im Entwurf der Reichsregierung sieht der Ertrags-
 steuertarif so aus:

| | |
|--------|---|
| 1000 M | frei, wenn d. Gesamtbetrag un- 10 000 M ist. |
| 2000 M | 2 Prozent |
| 2000 M | 3 Prozent |

Ab 5000 M 4 Prozent.

So scharfe Anspannung der den Mittelstand be-
 schwerender Steuer vom Ertrage.
Beispiel der Kapitalsteuer. Geltendes Recht in
 Preußen. Betriebe unter 3000 M bleiben frei. Für
 die ersten 12 000 M 1/2 von Aufschlag, für den
 darüber hinausgehenden Teil 3/4 vom Aufschlag.
 Im Entwurf der Reichsregierung sieht der Kapital-
 steuertarif so aus:

| | |
|----------------|--|
| 5000 M | bleiben frei, wenn der Gesamtbetrag unter 30 000 M liegt, sonst einheitlich 1/2, vom Hundert. |
| Volumensteuer. | Geltendes Recht in Preußen: 10 000 M |
| | unter 10 000 M |

Im Entwurf der Reichsregierung 2,75 vom Aufschlag
 der Volumensumme, Freigrenze 50 000 M. Wenn
 der Gesamtbetrag 150 000 M nicht übersteigt,
 an aber das Ertragssteuergesetz. Während in Preußen
 der Ertragssteuer die Gemeinden entweder nach der
 Höhe oder dem Gewerbetatbestand veranlagen müssen,

verlangt der Entwurf der Reichsregierung, daß alle drei
 Besteuerungsarten und zwar mit dem gleichen Aufschlag
 für alle drei Steuerarten angewendet werden.
 Diese Beispiele mögen nun alle mittelständischen
 Organisationen mit dem Bedenken durchgearbeitet worden
 liegen, ob die Reichsregierung im Reiche die fröhlich
 überlegende Hoffnung der Wirtschaftspartei erfüllen wird,
 oder ob es nicht besser ist, sich auf die Seite derer zu stellen,
 die auch in der Vergangenheit ständig für die breiteren
 Schichten des Volkes in Gesetzgebung und Verwaltung zu
 sorgen hatten. Es ist wirklich an der Zeit, daß der gewer-
 bliche Mittelstand den Parteien mehr auf die Finger wie
 auf den Mund sieht, soll nicht wieder die gleiche Parteien-
 stellenstellung, die den ungeliebten Finanzausgleich 1925 ge-
 schaffen hat, die kommende Steuerreform in der glei-
 chen Weise unheilvoll für den kleinen Gewerbetreibenden
 beeinflussen. Würde der Entwurf in seiner jetzigen Fas-
 sung Gesetz, dann erfährt die Großwirtschaft durch die
 starke Erhebung der Lohnsummensteuer eine erhebliche
 Entlastung. Die Einkommensteuer werden durch die scharfe
 Anhebung der Kapitalsteuer bedeutend mehr belastet,
 während der gewerbliche Mittelstand, durch die Steigerung
 der Ertragssteuer überlastet, endlich politisch den richtigen
 Weg zu gehen gezwungen sein würde.

Politische Notizen.

Die Verzögerung des Reichsschulgesetzes.
 Die „Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung“ erörtert die
 Frage des Reichsschulgesetzes und schreibt dabei u. a.: „Die
 Entschleunigung der „Lehrerzeitung“ über die „Lange Ver-
 zögerung des Reichsschulgesetzes sind köstlich. Die
 Deutschnationalen haben unter Minister Schiele in neun
 Monaten den Entwurf nicht bis an das Reichskabinett bringen
 können, und als dann Dr. Kils kaum das Amt übernommen
 hatte, brachten sie beim Reichstag eine Interpellation ein, die
 mit den Worten: Wann endlich... begann. Jetzt sitzt der
 deutschnationale Herr von Reudell fünf Monate im Reichs-
 ministerium; könnten da die anderen Parteien wirklich nicht
 mit Recht fragen: „Wann endlich...?““

Kongress der demokratischen Parteien.
 Die diesjährige Jahresversammlung der Vereinigung
 der demokratischen Parteien findet vom 30. Oktober bis
 1. November in Paris statt.

Ein Musterexemplar für Volksvergiftung.
 Was heute noch, fünf Jahre, nachdem Rathenau ein
 Opfer schimmiger Hehe wurde, in der deutschen Republik
 möglich ist, das zeigt eine Meldung der „Anhaltischen
 Rundschau“. Unter der Überschrift: „Der Feind dankt den
 Landbesitzern“ gibt dieses Blatt eine angebliche Mel-
 dung wieder, wonach ein englischer Offizier dem britischen
 Volk vorgelesen habe, in Berlin ein Denkmal zu errich-
 ten mit der Inschrift: „Dieses Denkmal ist dem britischen
 Volk errichtet worden als ein Zeichen seines bleibenden
 Dankes gegen die republikanischen Parteien des Deutschen
 Reiches, die im Großen Kriege der Sache der Verbündeten
 so wertvolle Dienste geleistet haben.“ Dieser Unverschäm-
 tung braucht weiter nichts hinzugefügt zu werden, als daß
 es sich bei der „Anhaltischen Rundschau“ um ein deutschna-
 tionales Blatt handelt.

Der Mord von Aensdorf.
 Zahlreiche Verhältnisse auf Reichsbannerleute durch die
 organisierten Stoffknäus des Stahlhelm haben stattgefun-
 den, ohne daß die Tat gerichtlich geahndet worden wäre.
 Das hat unter den Anhängern des Reichsbanners tief-
 gehende Verbitterung hervorgerufen. Sollten gerade sie,

die die treuesten Stützen des Staates sind, in diesem Staat
 vogelfrei sein? Der Staat hätte einen nicht wieder gut-
 machenden Fehler begangen, wenn er nicht auf diese
 Dinge sein Augenmerk gelenkt hätte. Der Fall in Aens-
 dorf hat erhellend die dem preussischen Justizminister
 Veranlassung gegeben, vor aller Öffentlichkeit zu demon-
 strieren, daß er die Unterjochung diesmal besonders ener-
 gisch durchführen will. Von der Generalstaatsanwalt-
 schaft ist ein Staatsanwaltschaftsrat vom Oberstaatsanwalt
 in Frankfurt-Ord beurlaubt worden, der seinerseits be-
 reits gegen die Entlassung der beiden Beschuldigten Hoff-
 mann und Jenke Beschwerde eingelegt hat.

„Nicht verantwortlich.“
 Die Deutschnationalen sind nicht nur von der Oppo-
 sitionsprelle, sondern auch von der Deutschen Volkspartei
 und dem Zentrum auf die Unverantwortlichkeit hingewiesen
 worden, die darin liegt, daß ihre Presse draußen im Lande
 unberührt von der Faltung der Deutschnationalen Partei-
 vertreter in Parlament und Regierung eine Politik
 machen, die der Stimmung der bisherigen Parteiführer
 entgegenkommt. Die deutschnationale Pressestelle im
 Reichstag findet diesen Zustand an sich sehr angenehm,
 denn sie sagt zur Haltung der deutschnationalen Zeitungen
 im Lande: „Für derartige Aeusserungen ist die Partei-
 leitung nicht verantwortlich.“ Höchst bequem, dieses Ver-
 fahren, für die Partei, aber unhaltbar aus politischen
 Rechtfertigungsgründen.

Um die Locarnopolitik.
 In dem Kommuniqué über die Beratungen der
 Rheinpfandmäde, an denen der Reichsaussenminister Dr.
 Stresemann in Genf teilgenommen hat, ist der einmütige
 Wille festgelegt, die Locarnopolitik weiter fortzusetzen.
 Im Gegenzug zu dieser Willensäußerung steht eine Ent-
 scheidung der **Drugsgruppe Vödem der Deutschnationalen
 Volkspartei**, die eine Kundgebung veranstaltet. In dies-
 ser Entschliessung heißt es u. a.:

„Mit erschreckender Deutlichkeit zeigen sich die Un-
 fruchtbarkeit der Locarnopolitik, die Unaufrichtigkeit der
 Vödemverbündeten und die Undurchführbarkeit des
 Dawesplans. In dieser Erkenntnis fordern wir deutsche
 Frauen und Männer zielbewusste Maßnahmen, um unter
 der letzter Stunde vor Schanden und Elend zu be-
 wahren. Sichere Mittel zur Erreichung dieses Zieles er-
 scheinen wir in der entgeltlichen Abwehr von Locarno, rüch-
 stichsloser Brandmarkung der Spiegelscheiter in Genf, not-
 falls auch durch Austritt aus dem Vödembund.“

Wirtschaftspartei und Landbund.
Ein Erkenntnis Colloquium.

In einer Versammlung der Reichspartei des deutschen
 Mittelstandes (Wirtschaftspartei in Weesow), kam es zu
 einem überaus bemerkenswerten Verbrüderung zwischen
 dem Landbund und der Wirtschaftspartei. In dieser Ver-
 sammlung sprach der zweite Parteivorsitzende Landtags-
 abgeordneter Colloquium und rühmte sich, daß die Wirtschaftspartei
 es gewagt hat, die den Sozialdemokraten und De-
 mokraten, überhaupt den Vödempartei, Tausende von
 Wählern wegsgenommen und der bürgerlichen Rechte zu-
 geführt habe. Von Seiten des Landbundes wurde dann
 mit Stolz darauf hingewiesen, daß 20 Abgeordnete der
 Wirtschaftspartei Mitglieder des Landbundes seien. Das
 alles ist wohl Beweis genug dafür, daß die Wirtschaftspartei
 es allem Anschein nach für ihre Hauptaufgabe an-
 sieht, den Mittelstand auf dem Wege der Landbundes
 und der Deutschnationalen Volkspartei zu
 leiten. Es ist notwendig, daß der Mittelstand diese Taktik
 der Wirtschaftspartei rechtzeitig erkennt. Dann wird er
 sich schwer hüten, der Wirtschaftspartei auf diesem Wege
 zu folgen.

Mitglieder des Konsum-Vereins

warten Sie mit Ihren Einkäufen bis Mittwoch
den 6. Juli dann beginnt unser
Saison-Ausverkauf

welcher Ihnen wesentliche Vorteile bietet.

Am **Montag und Donnerstag** bleibt unsere
 Verteilungsstelle **Jakobstraße 42**
 wegen **Inventuraufnahme**
 geschlossen.

Konsum-Verein für Magdeburg und Umgegend

Hohenzollern-Park.

Jeden Dienstag, Mittwoch,
 Donnerstag ab 3 1/2 Uhr

Kaffee-Konzert

mit
Kleinkunst-Bühne.

Möbelptransport
 und
 Wohnungsaustausch

Hermann Woff

Schönebeckstr. 5 - Telefon 6025

Reelle Bedienung
 1/2 Pf. beste
 Reklame

Salzquelle

Jeden Sonntag:
Konzert

Anschließend
Tanzkränzchen.

Hotel u. Restaurant „Weißer Bär“

Res. Ad. Thieragel.

Saison-Ausverkauf

Gleichen Sie 2 Treppen, Sie sparen viel Geld!
 Wir wollen räumen, daher 20-30% Preisermäßigung.
 Reichhaltige Auswahl - Erstkl. Porzellan
 Eigene Fabrikation, dah. niedrige Preise.

Einige Beispiele unserer Preiswürdigkeit:

Wasch n. Maß, aus dunkelbl. reiner Zwilf, 1 u. 2 reih. M. 75.-
 Wasch n. Maß, aus Galla Dine und andern Stoffen M. 85.-
 Wasch n. Maß, aus reiner, kammiger, Wolle etc. M. 85.-
 Trenchcoat aus hochqual. reiner, trock. gute Qual. M. 88.-
 Frack und Gehrock aus reiner, trock. gute Qual. M. 85.-
 Übergangsmantel 1. Qualität, Milano, Gorolet, M. 65.-
 alle Formen M. 65.-

**Besonders billiges Angebot unserer an-
 Lager befindlichen Sachen:**

Covercoat, elegante Verarbeitung M. 48.-
 Herren- und Junglingsanzüge in allen Formen und
 Stoffen M. 55.-, 48.-, 36.-, 28.-, 17-50
 Caracano und Weste M. 38.-
 Trenchcoat eleg. Verarbeitung M. 45.- und höher
 Milano-Paletot, gute Qualität M. 48.-
 Hosen und Freizeid., in Stoff, Wolle und Mensch, o. M. 3.50 an
 Obermaterial, einreihigen, smarter Mantel sportlich.

Nicht am Lager befindliche Größen fertigen wir
 nach Ihrem Maß ohne Preiszuschlag an.

Montag, o. Ihren eig. Stoffen inkl. Futter, Stoffhaar M. 35.-

Auf Wunsch Ratezahlung!
MAX HEYMANN
 Greiter Weg 26
 Im Hause Optiker Kubise September Schönebeck.

Beginn 1. Juli

DAS GROSSE PREIS-RÄTSEL

Ganz Magdeburg zerbricht sich den Kopf,
wie es möglich ist, Qualitätswaren
zu derart niedrigen Preisen
zu verkaufen!

SAISON-

AUSVERKAUF

| | | | | | |
|--|----------------------|---|---------------------------|---|-------------------|
| Kinder-/Jüdwesten in Waschstoff und Filzstuch | Jetzt 45 Pf. | Waschmusseline Imitation | Jetzt Meter 28 Pf. | Damenstrümpfe Baumwolle mit doppelten Spitzen und Fersen, schwarz und farbig | Jetzt Paar 28 Pf. |
| Garnierte Strohhüte für Kinder | Jetzt 1 95 | Waschmusseline verschied. Muster | Jetzt Meter 48 Pf. 85 Pf. | Damenstrümpfe Baumwolle m. Doppelsohl., Hochfalten, schwarz und farbig | Jetzt Paar 45 Pf. |
| Sportmützen und -Hüte für Damen | Jetzt 95 Pf. | Krepplin ca. 100 cm breit Jetzt Meter | 48 Pf. 85 Pf. | Damenstrümpfe Seidenfärb mit Naht, Doppelsohlen, schwarz u. moderne Farben Jetzt Paar 1.20 | 85 Pf. |
| Basenmütze 125 Flansch II. Wahl | Jetzt 75 Pf. | Dirndl-Zephir karfort | Jetzt Meter 58 Pf. | Damenstrümpfe Seidenfärb feines klares Gewebe, II. Wahl farbig | Jetzt Paar 95 Pf. |
| Entzückende Reishüte für Damen | Jetzt 1 65 | Voile ca. 100 cm breit, verschiedene Muster | Jetzt Meter 1.25 1.10 | Damenstrümpfe Mako, mit Naht, Doppelsohlen, Hochfalten, farbig | Jetzt Paar 95 Pf. |
| Hutformen ungarniert | Jetzt 3.75 2.95 1.95 | Wollmusseline in verschied. Mustern | Jetzt Meter 1.95 1.50 | Damenstrümpfe Kunstseide, m. Naht, feilfreie Qualität, schwarz und farbig | Jetzt Paar 1.10 |
| Damenhüte mit Blumen oder Rand garniert | Jetzt 2.75 2.95 2.25 | Voile-Bordüren 130 cm breit Jetzt Meter 2.95 | 1.50 | Damenstrümpfe Kunstseide, m. Naht, feilfreie Qualität, schwarz und farbig | Jetzt Paar 1.10 |
| Herren-/Zirohhüte zur Hälfte des Preises ernährt | Jetzt 950 | Trickstoffe Imitat | Jetzt Meter 75 Pf. | Herren-Socken Baumwolle farbig, gut verärrat | Jetzt Paar 35 Pf. |
| 1 Post. sten Damen-Mäntel aus praktischen Stoffen | Jetzt 1 50 | Kleider-/Schotten buntfarbig | Jetzt Meter 85 Pf. | Herren-Socken moderne Karomuster Jetzt Paar 1.10 | 85 Pf. |
| 1 Posten Sommer-Mäntel aus reinwollenen Ripen, sowie impragnierten Stoffen | Jetzt 1 50 | Crépe Marocaine ca. 100cm breit, karfort, feils mit kunstseidernem Durch- muster | Jetzt Meter 1.25 | Damen-/Schlüpfer Baumwolle makofarbig | Jetzt 85 Pf. |
| 1 Posten Damen-Mäntel aus reinwoll. Stoffen, sowie Ganz- seide (Kamms), ganz getütert Jetzt 4 | 1 950 | Crépe Marocaine reine Wolle, reisende Bandstrickmuster | Jetzt Meter 1.95 | Herren-Hosen makofarbig mit doppelter Brust | Jetzt 2.45 |
| 1 Posten elegante Mäntel aus reinwollenen Stoffen, sowie Ganz- seide (Kamms), ganz getütert Jetzt 4 | 2 950 | Kostüm- und Mantelstoffe 140 cm breit | Jetzt Meter 1.95 | Herren-Hosen makofarbig mit doppelter Brust | Jetzt 2.45 |
| 1 Posten Frauen-Mäntel aus reinwollenen Stoffen, sowie Ganz- seide (Kamms), ganz getütert Jetzt 4 | 3 450 | Waschseide (Kunstseidenease) Muster Meter Jetzt 1.25 95 Pf. 75 Pf. | 58 Pf. | Kinder-Hemdchen gewebt weiß, ohne Armaul | Jetzt 1.45 |
| 1 Posten eleg. Seiden-Mäntel hochwertige Modelle | 4 950 | Bastseide (Kunstseide) Meter Jetzt 1.25 | 88 Pf. | Damen-Hemdchen gewebt, weiß und rosa, Windvorfall | Jetzt 1.25 |
| 1 Posten eleg. Modell-Mäntel sonst bis 50.00 75.00 90.00 | 4 500 | Waschsamt in vielen Farben | Jetzt Meter 1.75 | Damen-/Schlüpfer Kunstseide, einfarbig, gestreift od. Karo Jetzt 3.95 | 2 95 |
| 1 Posten Damenkleider zum Aussehen | 95 Pf. | Rohseide reine Seide Meter Jetzt 2.75 2.25 | 1 75 | Herrenbinder Kunstseide, moderne Muster | Jetzt 75 Pf. |
| 1 Posten Sommerkleider aus Waschstoffseide | 1 90 | Waschseide reine Seide, weiß, 80 cm breit | 2 75 | Hosenträger gummi, mit Lederpatte | Jetzt 95 Pf. |
| 1 Posten Waschkleider aus gemusterten Waschstoffen Jetzt | 4 90 | Helvetia große Farben- auswahl | Jetzt Meter 1.85 | Untergarnituren feinfarbig (Jacke und Hose) | Jetzt 5.50 |
| 1 Posten Bordürenkleider aus Voile, mod. Must., Jetzt 10.50 | 6 90 | Rohseide bedruckt, neue Dessins Jetzt Meter 2.90 3.50 | 2 95 | Quadrat Kreuzstich gezeichnet | Jetzt 25 Pf. |
| 1 Posten Seidenkleider für Ball und Gesellschaft | 1 550 | Mantelseide gemustert, schwarz | Jetzt Meter 5.90 4.75 | Mitteldecken Kreuz- u. Spann- stich, gezeichnet | Jetzt 85 Pf. |
| 1 Post. Bastseidenkleider aus Voile, mit lang. Ärm. Jetzt | 1 850 | Crépe de Chine reine Seide Jetzt Meter 6.40 6.50. | 5 20 | Kissen mit Rockwand, Fantasie- u. Lochzeichnung | Jetzt 95 Pf. |
| 1 Post. Seidenkleider z. T. Mod. Jetzt 90.00 60.00 45.00 | 2 500 | Crépe Georgette reine Seide Jetzt Meter 9.85 7.50 | 6 75 | Lackgürtel weiß, schwarz und farbig | Jetzt 18 Pf. |
| 1 Post. Modellwollkleider sonst bis 150.00 50.00 40.00 | 3 000 | Taffetschotten ca. 85 cm breit reine Seide | Jetzt Meter 8.75 7.50 | Weißer Ledergürtel mit Hornechnalle | Jetzt 75 Pf. |
| 1 Posten Kostüme Shetland, Jacke ganz getütert Jetzt | 1 250 | Taffetschotten mit Kunstseide | Jetzt Meter 5.75 | Besuchs-Taschen echt Rindleder, in farbig | Jetzt 1 95 |
| 1 Post. Compo-Kostüme Jacke aus schwarzem Ripen, mit schwarz-weißem Rock | 1 950 | Rohseide reine Seide, moderne Farben, ca. 80 cm breit Jetzt Meter | 2 45 | Beutel-Taschen echt Wildleder, in farbig | Jetzt 3 35 |
| 1 Post. Sommer-Kostüme Jacke einfarbig auf Crepe de Chine, mit karierten Rock | 2 450 | Atlastrikot gestreift, 140 cm breit | Jetzt Meter 3 95 | Wäsche-/Tüchereien Stück 4.80 Meter Jetzt für 38 Pf. u. | 28 Pf. |
| 1 Post. Herrenstoff-Kostüme solide Qualität, z.T. Sportform Jetzt | 3 950 | Händtücher weiß mit Karo, gek. u. geb. | Jetzt Meter 35 Pf. | Wäsche-/Tüchereien Stück 3.05 Meter Jetzt für 75 Pf. u. | 58 Pf. |
| 4 Posten Voll-Voile-Blusen mit langen und kurzen Ärmeln Jetzt 5.90 3.90 2.90 | 1 90 | Hemdteuche für alle Wasche- zwecke Meter Jetzt 68 Pf. 48 Pf. | 38 Pf. | Klöppelspitzen Stück 4/4 Meter Jetzt für 60 Pf. u. | 35 Pf. |
| 3 Posten Morgenröcke a. Flausch-Blous-limit Jetzt 5.90 3.90 | 2 90 | Beitkatune Blumenmuster - Jetzt Meter 55 Pf. | 48 Pf. | Madapolam-/Tüchereien Jetzt Stück 2.95 2.45 1.50 | 95 Pf. |
| 4 Posten Woll-Kleider reinwoll. Stoffe zum Aussehen Jetzt 25.00 20.00 15.00 | 1 000 | Linon für Bettbezüge, Deckbettbreite | Jetzt Meter 1.25 | Wäsche-/Tüchereien Gitter-Muster, Stück 4.80 Meter Jetzt | 1 75 |
| | | Linon Kissenbreite Jetzt Meter 75 Pf. | 62 Pf. | | |
| | | Schürzenstoffe gestreift, ca. 110 cm breit | Jetzt Meter 88 Pf. | | |
| | | Rolltücher grün gestreift, mit Knote | 98 Pf. | | |
| | | Halbleinen für Bettbezüge, volle Breite | Jetzt Meter 1.95 | | |

LANGE & MÜNZER
MAGDEBURG
BREITENWEG 51-52



Beilage zum „Politischen Wegweiser“

Nummer 27 2. Blatt

Halle (S.), den 2. Juli 1927

3. Jahrgang

Vertagung, Vertagung!

In den Jahren, als die Männer des neuen Staates die Verantwortung in den Händen hatten, wurden sie von den Konventionen im Lande zuerst behandelt wie Gefangene, doch in Handwerk lernen mußten. Das hat sich bald geändert, denn jeder, der mit wachem Sinn die politische Entwicklung verfolgte, hat sehen müssen, daß die „Neuzeit“ dem verstandenen, dem deutschen Politik eine Reihe von Aufgaben zu lösen in der Lage waren, deren Fehlen gerade das Risiko der Weltkriegs- und Kriegspolitik ausgemacht hat. In Preußen haben die „Anfänger“ in so kurzer Zeit eine Mission einer geschlossenen Staatspolitik herauszuarbeiten können, die auch den politischen Gegnern Achtung abgab.

Man sieht seit einem halben Jahre wieder die Vertreter des Konventionismus in der Reichsregierung, und heute eine Bilanz ihrer Tätigkeit gezogen werden soll, man kann zu der Auffassung kommen, sie hätten mit der Veränderung ihres Namens auch ihre alten Fähigkeiten zum Verloren. Wenn eine Partei so lange in der Opposition gefandelt hat, wie die Deutschnationale Volkspartei, so ist ihr eigentlich möglich sein, zu beweisen, daß die Zeit die Politik für sie eine Zeit der inneren Sammlung ist, um nun die politische Entwicklung mit frischen Augen ein gut Stück vorwärts zu treiben. Davon kann keine Rede sein. Das Ergebnis der bisherigen Reichspolitik der Nationalen läßt sich zusammenfassen in das eine Wort: Vertagung! Die Reichsregierung hat bisher nicht eine einzige Vorlage herauszubringen verstanden. Jeweils wenn man der Auffassung ist, daß sie damit zurücksteht, um aber dem notwendigen Terrain der Verabschiedung durchzuführen, was sie nicht gegen eine umfassenden öffentlichen Kritikerlegen sehen möchte. Aber nicht einmal davon ist die Politik der Reichsregierung, sofern überhaupt das gesprochen werden kann, verstanden im interaktionellen Kampf der Regierungsparteien, der nicht zu durchgeführten Schritten gelangen kann.

Die Reichsregierung wagt nicht, auch nur für eine der ihr ermittelten Maßnahmen die Verantwortung zu übernehmen. Sie hätte gelohnt, daß das Reichsjustizgesetz auf sich warten lassen würde! Es ist zum Schicksal der politischen Taktik zwischen Zentrum und Deutschnationalen in der Absicht, den Regierungspartner durch Zögerung möglichst lange bei der Realisation zu halten. Das notwendige Reichsjustizgesetz für die Realisation her nur um etwas Unvollständiges von einem Referenten durchgeleitet. Die Justizpolitik entbehrt der klaren Entschlossenheit und läßt es bei Vertagungen. Und fragt man nach der Lösung der rein politischen Erfordernisse, wie nach dem Gesetz und nach dem Nationalgesetz, dann wird ganz deutlich, daß die Reichsregierung ohne Zivilcourage von einem auf den anderen kommt. Den Vorwärtsdrängen schafft immer der Ruf entgegen: Vertagung, Vertagung!

Die politische Situation in Preußen.

Nach den Vorgängen im Landtag.

aus dem Preussischen Landtag wird dem „Demokratischen Tagblatt“ geschrieben: Die Deutsche Volkspartei in der letzten Tagung des Preussischen Landtages deutlich machen gegeben, daß es ihr darauf ankomme, durch Opposition der Regierung eine Niederlage herbeizuführen. Aufschrei wertet die „Nationalistische Korrespondenz“ die Vertagung der Landtagsordnung. Es muß darauf schon gemacht werden, daß aus den Regierungsparteien nämlich von dem demokratischen Abgeordneten Hoff, in Sitzung des Mittelstimmens am 20. Juni die Zurückführung der Vertagung der Landtagsordnung angeregt worden ist, es ist nicht um eine Regierungsfrage handelte, sondern um einen Mittlungsgeheimnis, was es verständlich, daß die Regierung, vertreten durch den Abgeordneten Gerold, die Vertagung ablehnte. Die Opposition der Rechtsparteien war in Vertagung eine abschließliche, Unfreundlichkeit gegenüber dem Zentrum und seinem Führer Gerold. Als Opposition stehend, schlug der demokratische Abgeordnete Gerold vor, am 24. Juni erneut die Zurückführung der Vorlage vor, und der Abgeordnete Gerold trat namens der Zentrumsfraktion diesem Vorschlag bei. Das Abgeordnetenamt im händigen Ausschuss des Landtages ab der Ferien erschiebe werden soll, ist von Seiten der Regierungsparteien ausdrücklich als falsch bezeichnet worden. Und ebenso falsch sind die dahingehenden Behauptungen der „Nationalistischen Korrespondenz“, falsch ist es auch, daß die preuß. Regierung habe keine Mehrheit im Landtag. Die preussische Regierung hat bei allen Abstimmen über ihre eigenen Vorlagen eine einwandfreie Mehrheit erzielt. In den letzten Tagen ist lediglich das, daß die Oppositionsparteien nicht an der Abstimmung teilnahmen und infolge der im Sommer regelmäßig stattfindenden Belegung des Hauses eine Beschlussunfähigkeit entstanden. Würden die Oppositionsparteien im Reichstagsamt verfahren, dann würde auch die jetzige Reichsregierung Schwierigkeiten geraten. Das Verhalten der Deutschen Volkspartei im Preussischen Landtag hat lediglich den Gehalt, die jetzige preussische Regierungskoalition noch zusammen zu halten.

grammaten.
Der politische Kampf zwischen der SPD. und der wegen der Gewerkschaften und der russischen Unterstützung an die deutsche Reichswehr fand vor dem Gericht Neudöbeln sein gerichtliches Nachspiel. Der

sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Franz Kühn mit 1. e hatte gegen die verantwortliche Reaktorin des holländischen Parteiorgans der SPD, des Klassenkampfes, Jemgard Marie Raasch, Beleidigungsklage erhoben. Die Angeklagte ist wegen Beleidigung und übler Nachrede mit 150 M. Geldstrafe bestraft. Dem Privatkläger wurde Publikationsbefugnis im Volksblatt und im Klassenkampf in Halle zugesprochen.

Beamtenfragen.

Um die Besoldungsreform.

Die Demokraten für eine Zwischenlösung.

Der Hauptausschuss des Reichstages legte am Montag die Beratung der von den Demokraten und den Linksparteien eingebrachten Anträge zur Besoldungsreform fort. Nach dem Abgeordneten Steinloff (SPD) ergreift der demokratische Abgeordnete Brodau das Wort. Er wies auf den Ernst der Lage hin, der eine Hinausschiebung der Erhöhung auf die Zeit ab 1. Oktober schlechtdings nicht mehr gestatte. Ueber die Kumborgungen der Beamten, in denen ständisch eine Aktion nach vor dem 1. Oktober verlangt wird, könne man sich nicht damit hinwegsetzen, daß man sie, wie am Freitag vor dem Ausschuss geschah, als „hysterisch“ bezeichne. Die Kumborgungen sind aus der Notlage geboren, und wenn die Notlage anerkannt werden muß, so darf man sich nicht darüber entrüsten, wenn die Kumborgungen sich einmal im Ausdruck vergriffen haben sollten. Wenn die Regierung nimmere bis zu dem Entschluß gekommen ist, die Besoldungsreform ab 1. Oktober in Kraft treten zu lassen, so ist nicht einzusehen, warum sie sich gegen den verhältnismäßig kleinen Schritt einer Zwischenlösung für die Zeit vom 1. Juli bis 1. Oktober trübt, je es nun, daß man nach dem ersten Eventualantrag der Demokraten eine einmalige Zahlung in Höhe der letzten Weihnachtssaltion gewährt, oder sei es, daß man nach dem zweiten demokratischen Eventualantrag wenigstens am 1. August und 1. September prozentuale Zuschläge auf die Gehälter gibt. Auf die ablehnende Haltung der Landesvertreter darf man sich nicht wüthen. Der Aufsichtsrat der Landesvertreter am Freitag wirkte wie eine Tragödie, und sei es kein besseres Argument gegen den Partikularismus und für den Einheitsstaat gewesen als die Ausfühungen, die man nun in den Landesvertretern hörte. In der Debatte seien immer wieder Vorwürfe gegen Finanzminister Dr. Reinsch erhoben worden, aber am Freitag hat man von jetzigen Reichsfinanzminister Dr. Köhler gehört, daß schon vor zwei Jahren die Möglichkeit zu der damals schon notwendig gewordenen Besoldungserhöhung im Reich bestanden habe. Dr. Köhler hat ausdrücklich aufrecht erhalten, was er vor zwei Jahren als badischer Finanzminister gesagt hat, daß nämlich Hunderte von Millionen dem Reich für diesen Zweck zur Verfügung gestanden hätten.

Förderung des Wohnungsbaus für Beamte.

Der Hauptausschuss des Preussischen Landtages hat einen Antrag der Sozialdemokratischen Partei, des Zentrums und der Demokratischen Partei in folgender Fassung angenommen:

„Das Staatsministerium wird ersucht, im Anleihenwege 18 Millionen Reichsmark bereitzustellen, die als staatliche Arbeitsgeber-Darlehen bei Wohnungsbauten für preussische Staatsbedienstete Verwendung finden sollen.“

Das Gesetz über Beamtenheimstättenbau.

Der Beamtenausschuss des Reichstages hat die Beratung des Gesetzesentwurfs über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau beendet. Der Entwurf wurde mit wenigen Änderungen die das Grundgesetzliche nicht berühren, angenommen. Bekämpft wurde das Gesetz nur von den Kommunisten und dem Vertreter der Wirtschaftspartei, von diesen aus der bestimmten Folgeris heraus, daß durch die Förderung des Heimstättenbaus der Hausbesitz Schaden erleiden könnte. Es ist bei dieser Sachlage damit zu rechnen, daß das Gesetz vom Plenum des Reichstages, das sich schon am Sonntag damit befassen soll, mit großer Mehrheit angenommen wird.

Junglehrer als Gewerbelehrer (Preußen).

Einem Erlaß des Preussischen Kultusministers Dr. Becker vom 10. 6. 1927 zufolge werden Junglehrer zur Aufnahmeprüfung für die Gewerbelehrerausbildung zugelassen, wenn sie sich die erforderliche fachliche Ausbildung angeeignet und die vorgezeichnete praktische Tätigkeit abgeleistet haben. Unter derselben Voraussetzung werden auch Schulfachlehrer, die den theoretischen Abschluß in einer amtlich anerkannten Arbeitsgemeinschaft zur Lehrerbildung erlangt haben, zum Eintritt in die Gewerbelehrerausbildung zugelassen.

Zuschlagszahlungen ab 1. August.

Im Haushaltsausschuss des Reichstages drachten bei der zweiten Erörterung über die Frage der Erhöhung der Beamtenbesoldung die demokratischen Abg. Dietrich-Baden und Brodau folgenden Eventualantrag ein:

Für den Fall der Ablehnung des Antrags Nr. 3373 und des Antrags Brodau wird beantragt, die Reichsregierung zu ermächtigen, ab 1. August an die Gehaltsgruppen I—IV 12 1/2 Prozent und die höheren Gehaltsgruppen 10 Prozent des jetzigen Gehalts als Zuschlag solange zu zahlen, bis die neue Gehaltsordnung in Kraft tritt.

Demokratischer Antrag zur Pachtungsordnung.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat zur zweiten Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Pachtungsordnung am Freitag, den 24. Juni, einen Änderungsantrag Fünneburg, Korell, Dietrich-Baden, Kosh-Weber eingebracht. Mit diesem will sie zu erreichen versuchen, daß auch die Pachtverträge, die in der Zeit vom 1. März 1924 bis 30. September 1925 abgeschlossen worden sind, und die damals auf Grund des Ermächtigungsgesetzes durch eine Notverordnung zum sozialen und wirtschaftlichen Pachtvertrag ausgenommen worden waren, wieder unter die Bestimmungen des geltenden Pachtrechts gestellt werden. Ferner stelle sie die Forderung, daß, wenn der Pachtpreis nach Naturalleistungen bemessen ist, auf Antrag eines Teiles die Festlegung der Pacht in Reichsmark stattfinden muß.

Parteinachrichten

Eine neue Verleumdungswelle.

Angeliches Gutachten Kosh zur Fürstenabfindung.

Unter der Ueberschrift „Einnahmen deutscher Vaterland“ hat vor einigen Wochen das „Bayerische Vaterland“ die Behauptung gebracht, der Vorsitzende der Deutschen Demokratischen Partei, Reichsminister A. D. Kosh habe neben seiner 19 000 Mark betragenden Pension noch für ein Rechtsgutachten von vier Seiten Umfang, das er kürzlich in der Fürstenabfindungslage dem Staate geliefert, Mark 100 000,— erhalten. Diese Behauptung wird in einem Teil der Kronungspreß, bemerkenswertes besonders gern in Zentrumsblättern des süddeutschen Reichs, verbreitet, wobei man übrigens die Zeiten, die sich in der Notiz des „Bayerischen Vaterlandes“ auf Reichsminister Dr. Birch bezogen, megläßt, Reichsminister A. D. Kosh hat an das „Bayerische Vaterland“ und an sämtliche Zeitungen, die die erfundene Notiz des „Bayerischen Vaterlandes“ gebracht haben, eine Berichtigung folgenden Wortlautes geschickt:

In Ihrem Blatte nehmen Sie aus dem „Bayerischen Vaterland“ die Behauptung auf, daß ich für ein Rechtsgutachten von 4 Seiten Umfang, das ich in der Fürstenabfindungslage dem Staate geliefert habe, Mark 100 000,— erhalten habe. Diese Behauptung ist unrichtig.

1. Ich habe in der Fürstenabfindungslage niemals ein Rechtsgutachten erstattet.
2. Ich habe seit meinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst dem Staate überhaupt keine Gutachten erstattet oder sonst eine Tätigkeit gegen Bezahlung für den Staat ausübt.
3. Ich habe noch niemals von irgend jemanem für ein Gutachten einen Betrag von 100 000,— Mark erhalten.

Das „Bayerische Vaterland“ hat sich übrigens nicht bemüht gefühlt, die Berichtigung abzudrucken. Es gehört offenbar zum System dieses Blattes, mißliebige Politiker mit erlogenen Behauptungen beleidigender Art zu verfolgen und jenen Leuten Aufführung über dieses System so weit wie möglich fernzuhalten.

Redakteur,

pol. und volkswirtschaftl. einget. jüngere Kraft, f. freis. Jtg. an größeren Industrieplätzen Süddeutschl. 3. Eintr. am 1. Okt. d. J. od. später in ang. Diensten, gef. Bewerber, der sich nebenbei agitatorisch u. redner. im pol. Kampf eines dem. organ. Bezirks eignet, bevorzugt. — Angeb. unt. R. St. 227 an den Demokr. Zeitungsdienst.

Wirtschaftspolitiker.

mehrfache Redakteurpraxis in Deutschland und Brasilien, hoehere dort juristisch, umersch. sucht Stellung als Handels- oder politische Redakteur. — Angeb. an „Dr. B.“, Demokratischer Zeitungsdienst.

Tagung des Demokratischen Kirchenausschusses.

Der Kirchenausschuss der Deutschen Demokratischen Partei tritt am 28. Juni in Berlin zu einer Sitzung zusammen, in der Fragen des Schul- und Religionsunterrichts behandelt werden und in der weiterhin die Kontrovertage erörtert wird.

Bezirk Magdeburg.

Beranftaltungen

der
Deutschen Demokratischen Partei,
Ortsgruppe Magdeburg.

Umland-Bund. Sonntag, den 10. Juli: Fahrt nach Bad-Salzungen zur 20-Jahrfeier. Abfahrt 9,27 Uhr, Treffpunkt 9,10 Uhr Zeitungshof vor dem Hauptbahnhof.

Die Deutsche Demokratische Partei Magdeburg veranstaltet am Donnerstag, den 11. August, eine große nationale Verfassungsfeier, verbunden mit Sommerfest. Die Festrede wird voranschließlich Oberbürgermeister Dr. Luppe-Rüchberg halten. Programme zum Preise von 75 s einschließlich Steuer und Transport sind in den nächsten Tagen durch die Geschäftsstelle, Breiter Weg 139/140, erhältlich. Wir erlauben hiermit die Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei dringend, schon jetzt für diese Veranstaltung lebhaft Propaganda zu machen.

In einer Veranmlung der Inflation- und Kriegs-geschädigten behandelte der Geschäftsführer J. Latow Dr.

Es wird den Rechtsparteien nicht gelingen, die Verantwortung für die Hinmordung der unabweisbar notwendigen Befolgungserhöhung von der Reichsregierung die Länderregierungen abzuheften. Uebrigens hat in Bayern die Bayerische Volkspartei das Finanzministerium in Händen, in Sachsen die Wirtschaftspartei, in Württemberg die Deutschnationale Partei, in Baden Zentrum und in Thüringen die Deutsche Volkspartei, zum beweisen sie hier nicht ihre angebliche Beamtenschaftlichkeit durch die Tat?

Halle. Zu unserer am Sonnabend, 13. August, im Garten und Saal des Neumarkt-Schlüßenhauses stattfindenden Verfassungsfeier, die mit einem Sommerfest verbunden ist, erbiten wir von unseren Mitgliedern, Freunden zu Zwecken einer Verlosung die Zuwendung von Geschenken. Die Abgabe der uns zugehenden Verlosungsgegenstände wird in unsere Geschäftsstelle: Hofe Bauhaustraße, 30 (Neubau an der Ritter-Passage) sein. Wir bitten um recht fröhliche Zuwendung der zugehenden Spenden. Auch Geldspenden werden mit dem Dank begrüßt. **Eintrittskarten** zu 60 $\frac{3}{4}$ sind in jeder Geschäftsstelle und in der **Steinbuchhandlung H. Simonohn**, Gr. Steinstr. 54/55, erhältlich. **D. D. P. Ortsgruppe Weißenfels.** Montag, den 4. u. abends 8 Uhr Monatsversammlung im Sächsischen Saal. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand. **Naumburg.** Vom 18. bis 20. Juni tagte in Naumburg die Parteiverammlung des Reichsverbandes für Waisensorge. Das für die alte Liebe „Deutsche Reichszeitung“. Vor fast 50 Jahren in Magdeburg gegründet, hat gerade in unserer Zeit sich am reichsten gegenseitig entwickelt. Nach der Gründung des 1. Reichswaisenhauses im Jahr sind hier 3 Reichswaisenhäuser entstanden: Magdeburg, Salzwedel und zuletzt Halle — die Kaiserin, sondern Feinde. An der festlich verlaufenen Parteiverammlung wurde beschlossen, so bald wie möglich neues Waisenheim in Göttingen zu bauen, da dort die Orts- und Gemeindegewerkschaften sich entgegenkommen für die private Wohlfahrtspflege befinden, was das Reichswaisensorgegesetz verlangt. Auch von dieser Stelle fröhlichen Festherzgruß!

Merseburg. Eine sehr empfehlenswerte Form für **Bereitschaft** für die Partei hat die Merseburger Ortsgruppe der D. D. P. ausgenommen. Sie veranstaltete am 29. in dem schöngelegenen Gartenlotus „Waldater“ bei Scheiblich eine Sommerfeier. Der Tag war wie ausgesucht. Nach langer Regenzeit und empfindlicher Kälte zum ersten Male wieder Sonne und Wärme. Eine stattliche Anzahl Merseburger Parteifreunde mit ihren Damen vereinten sich mit Freunden aus Scheiblich, Veitzsig und Halle zu einem fröhlichen und langweiligen Beisammensein. Der immer rührige Merseburger Vorsitzende, Dr. Kuhnlein, verstand es vortrefflich, durch eine humorvolle politische Eröffnungsansprache den Zweck der Veranstaltung politisch zu heben. Dann sprach Generalsekretär Ehrlich-Beitzsig über Friedrich Papen. Der Redner bot den Anwesenden ein treffendes Bild dieses Vorkämpfers der Demokratie, der kürzlich, geehrt und gefeiert und in voller geistiger und körperlicher Frische seinen 80. Geburtstag begehen konnte. Ansprachen erfolgten weiter von den Parteifreunden **Cornely** und **Saaring** und bei gemeinschaftlichen Gesängen und lebhafter Unterhaltung blieb man bis zur späten Abendstunde beisammen. Alle Teilnehmer waren sich darin einig, fröhliche Stunden verlebt und Dienst an der Partei geleistet zu haben. Möge man diesem schönen Beispiele von Werbearbeit auch anderwärts folgen.

Neue Bücher.

„**Ungeheimnis**“ von A. D. Weber, 18 Seiten, 2 Mark. Titel, Preis 1 $\frac{2}{3}$. Max Hesses Verlag, Berlin W 15.
A. D. Weber galt schon vor dem Kriege als einer unserer besten Satiriker, vor dessen Feder allerdings nichts sicher war. Nun hat er eine Reihe von Jahren geschwiegen. Mit dem vorliegenden Bändchen, dessen Titel „**So heisse**“ seinen Inhalt schon läßt, hat er uns ein Buch voll strahlendem Humor, aber auch heiligem Witz geschenkt, wie es eben nur Weber kann. Keine unserer Alltagschwächen ist vor seinen lustigen Feindschneiben sicher, aber kein Humor ist so ironisch, daß er bei aller Schärfe und bei allem Spott Anerkennung finden muß bei Freund und Feind.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag Ludwig Mühs, Magdeburg.
Druck: Buchdruckerei Hugo Meyers (Allg. Anz.), Dessau.

Deutsche Demokrat. Partei
Ortsgruppe Halle.

Verfassungsfeier
verbunden mit
Sommerfest
Sonnabend, den 13. August, nachm. 4 Uhr
im Neumarkt-Schlüßenhau.

Großes Garten-Konzert
(Frauendorf-Orchester).
Festredner:
Abgeordneter
Dr. Bohner-Magdeburg

Abends:
musikalische u. gesungliche Darbietungen.
TANZ
(Tanzportkapelle Frauendorf).
Im Garten Kinderbelustigungen aller Art. Blumenverlosung etc.
Eintrittspreis 60 $\frac{3}{4}$, Kinder frei.

ine gute Existenz
hohes Nebeneinkommen
bietet Ihnen zwecks Besuch von Privatkundschaft **unser Verretung!**
Von unseren Verrettern, darunter auch Damen, verdienen in einem Monat:
Hermann Mk. 575.— H. Christoph Mk. 548.—
smann „ 575.— E. Reitzig „ 519.50
sieder „ 550.50 Th. Teller „ 479.50
und viele andere ähnliche Summen!
as können Sie auch verdienen!
er dieser Herren hat irgendwelche Vorkenntnisse
Anlagekapital! Schreiben Sie uns sofort und Sie
erhalten ausführliche Mitteilung.
!!! Verdienst kann sofort beginnen!!!

AX KRUG G. m. b. H.
Lin W 264 Neue Ansbacher-Str. 7

„Zum Patzenhofer“
u. Hotel „Stadt Prag“
Bärstraße 1 b 2 — Fernruf: Patzenhofer 7230, Hotel 1340
Das Haus der guten Küche!
Großer Frühstücks-, Mittags- und Abend-Tisch
Jeden Abend abwechselnd Stammtische.
Zum Ausbuck gelangen die gut geputzten und temperierten
eib. „Schiffel-Patzenhofer“ Bier. Ganz besonders mache ich
auf die neu eingebaute Be- und Entlüftungs-Anlage aufmerksam,
wodurch das Lokal auch bei stärkstem Besuch vollständig
rauchfrei ist.
Neue Bewirtschaftung: Hermann Holste.

Demokraten!
Unterstütz Eure Presse
Kauft bei den Firmen, die in unserer
Wochenchrift inserieren.

BALTSTÄDTER
BÜRGERSÄLE
Apfelstraße 9 Fernsprecher 6774
Der Garten
ist eröffnet!
Eingang Apfelstraße

lb. Willy Schüler
Kunst- und Buchhändler,
Magdeburg Fernruf 2354
Magdeburg
alle Schlosserarbeiten an.
ez.: Markisen, Scherengitter pp.

J. BORMANN
Große Minsstraße 2
Koffer :: Reisetaschen :: Damen-Handtaschen :: Besuchstaschen
:: Aktentaschen :: Rucksäcke :: Sportartikel
sowie andere Geschenkartikel.

KAVAUMA
KRANKENKASSE DES
KAUFMÄNNISCHEN
VEREINS | GEGR. 1899
DIE BESTE
VERSICHERUNG
GEGEN
KRANKHEIT

Sukbodenholzmatzen
Salouisen, Rolläden,
Reparaturen, Reparaturmaterial.
Jalousiefabrik Schmidt,
gegründet 1871.
Magdeburg, Heiligegeiststr. 24, Tel. 922.
Park-Restaurant
Herrentzug
Inhaber: Wilhelm Westphalen
Borchmiller und Adolph Augustson, Magdeburg
inmitten herrlicher Anlagen, Gärten, umfang-
reicher Ausstattung. — Preis 600 und 600.
Mittwochs und Sonntags
Große Konzerte
Diners, Soupers, ff. Weine und Biere.
Kaufe
im
Konsumverein
**Rheuma, Gicht, Gelenks-
schmerzen, Migräne,
Nervenschmerzen, Gicht**
Gegen teils ich kostenlos mit, durch welches
einfache Mittel mit und zahlreichen Pa-
tienten in kurzer Zeit geholfen wurde.
Über 2500 Dankbriefe!
Krankenschwester Margret Heber
Frankfurt-Niederstr. 11/12.

**SAISON-
AUSVERKAUF**
Kollektion - Kleiderstoffe - Seidenstoffe - Strickwaren
verkauf meiner hochwertigen Waren zu enorm billigen Preisen!

M. Kaufmann
Gegründet 1846 Breiter Weg 49

Parkrestaurant
Bogelgefang
Täglich Konzert.
Der Rosengarten steht in
voller Blüte.
W. Trint
Inhaber des altbekannten Restaurants
Goldene Tische
Hartstraße 6 Telefon 4711
Warme und kalte Küche
zu jeder Tageszeit
Festsaal

G. Martmann, Magdeburg
Biktoriastraße 9 (kein Laden) am Hauptbahnhof
Fernruf 5539
Krankenpflegeartikel
Chirurgische Instrumente, Bandagen, Leibbinden
Verbandstoffe Gummwaren
Reines Fachgeschäft.

Adressen
jeder Art, für Ihren Betrieb, liefert Ihnen
der bekannte Dresdener
Adressen-Verlag G. Müller
Dresden-N.6, Königsbrücker Platz 2
(Bitte auf diese Zeitung Bezug zu nehmen)
Adressenkatalog mit ca. 6000 Serien kostenlos

ur noch bis Sonnabend 10 Proz. Rabatt
und außerdem diese Preise!
renstiel 8.95
n-Lackspangeln 10.75
nen-Lederhosen 8.45
u und blond Spangen 9.25
nen 3-Oelen-Schuhe 9.75
Braun Herr-Halbich. mit 8-Stepp-13.95
Dielieben für Knaben 9.65
Wunderlich. bid. Kinder-Sp. 22 4.10
Lackel. Kindertiel 20.16
Cheroux-Einich 6.50, 6.00, 6.00 4.50
Denken Sie daran, 10 Prozent Rabatt.

Berth. Wolff,
Schwerfegerstraße 14/15.

Auto-Privat-Fahrschule
Ob.-Ing. Val. Bohland
gerichtlich beedigter Sachverständiger
für das Kraftfahrwesen.
Ausbildung von Kraftfahrzeugführern
zu kulantesten Bedingungen und
mit bestem Erfolg.
Magdeburg - Wilhelmshaus - Eing. Editharing
Tel. 6354. 3 Minuten v. Hauptbahnhof. Tel. 6354.

Werbt
neue
Abonnenten!

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Bezugspreis: 75 Halbpennig monatlich, jährlich 4.00 Mark. — Bestellungen nehmen alle Subskribenten, Buchhändler und der Verlag Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30, entgegen. — Streifen, höhere Ortschaften und Kreisämter ertheilen den Verlag von der Geltung für Verpackung und Entschädigung.

Abzugspreis: Für die schneefreie Halbpennig-Zeile 10 Halbpennig. — Anzeigen im Rahmenfeld 1 Mark. — Anzeigenannahme durch den Verlag des Politischen Wegweiser, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. — Druckort: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. — Druckereibetrieb: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. — Preis pro Stück 1,27.

Nummer 27

Halle (S.) 2. Juli 1927

3. Jahrgang

Es gelingt nichts mehr.

Unersättliche Wünsche — Hü und hot — Die Verlängerung des Reichsmietengesetzes — Der umkämpfte Schutz Zoll — Curtius gegen Schiele für Abbau des Wirtschaftsimperialisismus — Die Verschlebung des Schulgesetzes — Gedämpfte Begeisterung für den schwarz-blauen Block — Das Zentrum für Septembertagung — Die Fürstenabfindung — Thüringen gegen die Reichsregierung — Lauter Doppelvorlagen — Der Verfassungstag — Preußen gegen das Reich — Die außenpolitische Debatte — Eine Anfrage an Poincaré — Die beiden „Freimarer.“ — Der Fall Daudet — Der Obrigkeitstaat — Die Ab- und Aufrüstung zur See.

Als der Reichstag nach den Pfingstferien wieder zusammentrat, bereitete ihm die Reichsregierung eine Ueberlegung. Während man allgemein angenommen hatte, nur eine kurze Tagung beabsichtigt sei, in der nur ungeschickbare Gesetzvorlagen erledigt werden sollten, hat das Kabinett eine umfangreiche Liste seiner Wünsche vorbereitet. Allerdings nur die Liste, nicht die Gesetze selbst. Sie standen lediglich auf dem Papier mit Ueberlegung. Der Text fehlte. Und das war eigentlich gar nicht so merkwürdig, denn die jetzige Regierung ist ihrer eigenen Zusammenziehung nach wohl die ungeschickteste, die Deutschland nach Herrn Cuno gehabt hat. Bekannt ist, daß die Regierung ausreißend, aber jedes Pferd zieht nach einer anderen Richtung. Inzwischen haben sich die wirklichen parlamentarischen Verhältnisse bereits geklärt, und das ist, die Desorientierung weiß bereits, daß in diesem Sommer gar nichts geschehen wird. Das Reichsmietengesetz als das Mietengesetz laufen am 30. Juni ab. Wirklich ist die Regierung eine Verlängerung bis zum Juli vor, um dem hohen Hause Zeit zu geben, sich in die Widersprüche des Reichsrats zurecht zu finden. Herr Berg hatte an dem geltenden Bestimmungen einiges Angenehme der Mieter geändert, namentlich in Bezug auf das Kündigungsrecht. Die so veränderte Vorlage ist dann für einige Zeit Ruhe schaffen. Preußen aber hat sich nicht widerstanden im Reichsrat und drücken die Mehrheit auf ihre Seite. So kam es zu einer Doppelvorlage mit dem Bismarck. Zur gefälligen Auswahl. Der Reichstag aber wollte nicht wählen, sondern verwarf seine Entscheidung. Die bisherigen Gesetze blieben bis zum Ende des Jahres in Kraft.

Dieses war der erste Streich. Dabei ist er insofern ein Ausnahmefall, als tatsächlich etwas Greifbares vorlag. Anders steht es mit der Zolltarifnovelle. Die Agrarier hatten weitgehende Wünsche, die Herr Cuno pflichtgemäß vertrat. Erhöhung des Kartoffelpreises, des Zuckers, während der Wechsell durch den Kauf des deutsch-französischen Handelsprotokolls sich monatlich von 10.50 auf 12.50 M. erhob. Aber die Regierung besteht glücklicherweise nicht nur aus Deutschen, sondern auch aus Franzosen, und so erhoben sofort das Zentrum und die Deutsche Partei Widerspruch. Sie stehen auf dem Boden der der Genfer Weltwirtschaftskonferenz gefassten Beschlüsse und sind für Abbau der Zollmauern. Während Schiele in Bielefeld seine Rede für Wirtschaftsimperialisismus hielt, bekannte sich Stresemann in Genf zum Weltfrieden, und sein Parteifreund Dr. Curtius benutzte die Gelegenheit der Auslandsabhandlung in Hamburg, um die Angelegenheiten mit allem Nachdruck zu betonen. Allein würde noch nicht ein Bild der jetzigen Zerfahrenheit widerpiegeln. Im Reichsrat werden Preußen, Sachsen, Hamburg und wohl auch noch eine ganze Reihe anderer Länder die Vorlage der Regierung verpfänden. Und kommt es auch wieder zur gefälligen Auswahl. Am Ende wäre es schon, man verlängerte einfach die am Juli ablaufende Novelle. Und das dürfte vermuthlich ein wesentliches Gelingen sein. Den Deutschen nationaler soll, wie wir hören, das Regieren gar keinen Spaß machen. Mit dem Republikantengesetz allein kann man vor seinen Anhängern nicht parodieren.

Auch das Zentrum hat keine Begeisterung für den schwarz-blauen Block erheblich gedämpft. Eigentlich hat es nur geschaffen, um in Kulturfragen die Welt nach rückwärts zu revidieren. Das war der Sinn, als sich in Köln traf und die Koalition der Mitte in die Welt schlug. Man kann auch nicht behaupten, daß es an dem Ministerium des Herrn von Reußel gefehlt hätte. Immer das Zentrum pflegen in solchen Dingen eher zurück zu sein, als zu wenig zu tun. Fünf Entwürfe sind ausgearbeitet worden, von denen keiner fäktischen Verhandlungen gefällig. Wir aber dürfen vermuthlich dem früheren Abgeordneten Lohr sagen: „Ich kenne die Absichten der Regierung nicht, ich mißbillige sie aber.“ Und auch nur in erster Instanz die Zustimmung eines Zentrums in dieser Hinsicht finden kann, ist für einen Mann unersättlich. Doch soweit nicht wir noch gar nicht brauchen uns nicht den Kopf des Herrn Dr. Cuno oder des Herrn Dr. Curtius zu zerbrechen. In der nächsten Woche, wenn der Träger des Nobel-

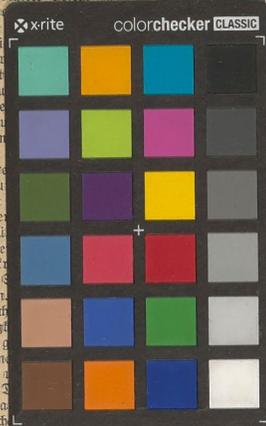
preises aus Oslo zurückgekehrt sein wird, wird sich das Kabinett damit zu befassen haben. Vielleicht. Wahrscheinlich nicht. Selbst im Zentrum rechnet man schon damit, daß vor dem Sommer die dieser Zeitpunkt nicht mehr unter der Septembertagung vor, für die aber im hohen Hause nicht die geringste Geneigtheit besteht. Seinen Urlaub zu unterbrechen, wenn etwas Wichtiges vorliegt, ist peinlich. Wer mit der sicheren Aussicht nach Berlin zurückzukehren, mit den Bundesgenossen in die Haare zu geraten, kann wirklich nicht verlocken. So dürfte es beim November bleiben. Allerdings auch nicht gerade mit Aussicht auf Erfolg. Im letzten Jahre vor den Wahlkämpfen belastet sich niemand gern.

Doch damit ist die Sperrenliste der Mißerfolge noch nicht erschöpft. Das Sperrgesetz für die Fürstenabfindung läuft ab. Gesetze haben die merkwürdige Eigenschaft, immer im unbestimmten Zeitpunkt ihr Ende zu erreichen. Noch stehen Auseinandersetzungen in Thüringen aus, und gerade die Regierung in Weimar drängt auf Verlängerung, übrigens mit befriedigter Zustimmung der Deutschen nationalen, deren monarchische Gefühle sich mit der Abweisung gegen neue Steuern die Waage halten. Doch Herr von Reußel ist auf einen Ausweg gekommen. Er hat sich von den Fürsten das Versprechen geben lassen, daß sie keinen Prozeß vor dem 1. Januar anstrengen. Leider wissen wir noch nicht, ob es sich um das kleine oder große Ehrenwort handelt, und ob diese Zusagen Reichsverbindlichkeit haben. Aber das alles lokal zugegeben, bleibt noch die Tariffrage bestehen, daß Thüringen viel schlechter verhandeln kann, wenn kein Sperrgesetz vorhanden ist, und die Fürsten ja nur bis zum 1. Januar zu warten brauchen, um freie Hand zu haben, als wenn sie sich in einem gewissen Zwange befänden. Mit den Standesherrn aber will man auf dem Wege der Berordnung aufräumen. Der Unterschied zwischen ihnen und den Entthronten vom 9. November besteht lediglich in der Zeit. Die Einen wurden schon vor 120 Jahren abgesetzt, die Anderen erst 1918. Man kann sie als die Vorfahren betrachten.

Auch die Frage des Verfassungstages wird ein Mißerfolg. Demokraten und Sozialdemokraten haben die gesetzliche Festlegung beantragt. Daß die Rechte damit nicht einverstanden ist, überrascht nicht. Die Entscheidung liegt beim Zentrum, das selbstverständlich dafür ist, aber das hohe Einvernehmen in der Regierung nicht zu fördern wünscht. Deshalb ist man auf den genialen Ausweg verfallen, die Anträge bis zum Herbst zu vertagen, weil dann der 11. August sowieso vorüber ist, übrigens in Verbindung

ein Laßsal gewesen. Tugend einmal wird der große Lotharinger schon Farbe bekennen müssen. Er hat inzwischen die Resolutionen seiner Unvollständigen Rede gelesen und dabei festgestellt, daß er von den Kritikern aller Länder her untergeordnet wurde. Dafür aber hat er ein sehr feines Ohr. Der Reichstag stellte sich beinahe einmütig hinter keinen Minister. Natürlich, die Kommunisten ausgeschlossen, die überall Gefahr für Moskau wittern, auch wo sie nicht vorhanden ist, und ebenso natürlich die Völkischen ausgeschlossen. Man kann streiten, wer sich dabei rüpelhafter betrug. Graf Reventlow holte sich einen Ordnungsruf, weil er den Vorkontrakt als die Schieberarbeit der beiden Freimarer Brand und Stresemann als Landesverrat bezeichnete. Aber die Presse war gut. Selbst die Deutsche Zeitung schwankte ein. Eine rühmliche Ausnahme machte nur Herr Husling im Berliner Lokal-Anzeiger, der meinte, der Minister wäre noch schimpflich, glimpflich bei seiner Bankrottverkündung davonkommen. Das hat persönliche Ursachen und mit Politik nichts zu tun. Aber es ist immerhin beachtenswert, welchen Mut von Ueberzeugung deutsch-nationale Blätter gegen ihre eigene Regierung aufbringen, wenn man sie zuvor nicht genügend gelehrt hat.

Der Fall Daudet wurde herzlich belacht. Nicht ganz mit Recht, obwohl die Situation selbst urkomisch war und Stoff zu einer Komödie hergeben würde. Der Republikanische Führer wurde aus dem Gefängnis befreit, weil seine Freunde mit einem alten Artillerieoffizier, dem Gefängnisdirektor wurde im Namen des Ministers angefaßt und erhielt Befehl, den Gefängnisbesitzer zu Gefängnisgegnung zu übergeben. Einmal wurde die Besetzung der Kommission für die Untersuchung der Angelegenheit der Kommissar der Kommission. Doch auch anders, der sich nur parlamentarisch beantragt. Daß die Rechte damit nicht einverstanden ist, überrascht nicht. Die Entscheidung liegt beim Zentrum, das selbstverständlich dafür ist, aber das hohe Einvernehmen in der Regierung nicht zu fördern wünscht. Deshalb ist man auf den genialen Ausweg verfallen, die Anträge bis zum Herbst zu vertagen, weil dann der 11. August sowieso vorüber ist, übrigens in Verbindung



Dienst am Vaterlande

ist für uns die politische Arbeit. Unsere Ideen durchzuführen. Wir freuen uns dessen. Stärker wichtiger und erfolgreicher können wir arbeiten, wenn alle demokratisch Gesinnten sich zusammenfinden. Freunde werdet für die Deutsche Demokratische Partei.

es lohnt sich, dafür zu arbeiten!

mit der gesetzlichen Festlegung katholischer Feiertage auch in den protestantischen Staaten. Umsonst ist der Tod. Soweit wäre alles in besser Ordnung, was man unter dem gegenwärtigen System Ordnung nennt. Wenn nur nicht Preußen wäre. Dort aber legt man für Zweidrittel aller Deutschen den Verfassungstag gesetzlich fest. Mit Zentrumshilfe. Es ist eben ein Unterschied, ob man seine Grundzüge im Reichstag oder im Landtag zu vertreten hat.

Die große außenpolitische Debatte im Reichstag war eine Einheitsprotokoll geschaffen. Herr Dr. Stresemann hielt eine sehr schöne Rede mit der freundlichen Aufforderung an Poincaré, nun endlich zu sagen, was er lieber sieht, Raubkämpfe oder Locarno. Auch wir sind durchaus für diese Anfrage, obwohl wir nicht glauben, daß sie beantwortet wird. Aber sie ist vielleicht dem kranken Brand

Die Seebahnkonferenz in Genf steht vor einer Krise. Herr Coolidge berief sie, um die großen Ausgaben für die Marine herabzusetzen. Frankreich und Italien blieben abseits, aber würden sich fügen müssen, wenn eine Einigung gelänge. Doch die Gefahr ist nicht groß. Der Kampf um die einzelnen Schiffsklassen ist von untergeordneter Bedeutung. Es geht um mehr. Zwischen Japan und England vollzieht sich eine Annäherung auf breiter Grundlage, deren Spitze gegen die Vereinigten Staaten nicht zu verkennen ist. Aus China will man die Amerikaner herausdrängen, um gemeinsam die Beute zu teilen. Deshalb ist man in Tokio plötzlich mit dem Ausbau der Flottenbasis von Singapur einverstanden, gegen die man bisher Einspruch erhob. Das ist die Gegengabe an London. Aber die Flottenbasis von Samsui will man nicht dulden, denn sie ist amerikanisches Werk. In Washington zieht man sich auf die Dollars zurück. Eine gewaltige Flottenauflage ist angekündigt. Sie kostet Milliarden. Dröben in der neuen Welt hat man den längeren Atem und durch das Ergebnis der Seebahnkonferenz eine Verstärkung der Seeflotten.

Richard Ma.